

Die Sozialdemokratische Partei hat vollkommen klar ausgesprochen, daß sie zu einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei sitzt, kein Vertrauen hat und kein Vertrauen haben kann. Trotzdem sieht sie sich durch die Verhältnisse gezwungen, dieser Regierung abwartend gegenüber zu stehen, trotzdem muß sie wünschen, daß diese Regierung vorläufig am Ruder bleibt, weil infolge des tödlichen Verhaltens der Unabhängigen eine andere Regierungsbildung zurzeit nicht möglich ist. Für diesen Stand der Dinge soll eine klare Formel gefunden werden, nicht eine, die etwas vertuscht, was nicht ist und wovon man weiß, daß es gar nicht ist!

Die Unabhängigen haben den Antrag gestellt, der Reichstag möge durch ausdrücklichen Beschluß der Regierung sein Vertrauen entziehen. Die Unabhängigen wollen natürlich die Annahme dieses Antrags gar nicht, sie würden durch sie in die schwerste Verlegenheit geraten, denn wer eine Regierung stützt, der hat auch die Pflicht, eine neue zu bilden. Eine neue Regierung bilden wollen die Unabhängigen nicht, also können sie auch gar nicht ernstlich die Absicht haben, die Regierung zu stürzen.

Der Antrag der Unabhängigen läßt sich eben auch nur als eine Formalität verstehen und als eine der Regierung erwiesene kleine Gefälligkeit. Die Unabhängigen wissen, daß keine Partei, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, ihren Antrag annehmen kann, daß er also mit ungebeurer Wehrheit abgelehnt werden wird. Damit helfen sie der Regierung vom Eise aller formalen Bedenken. Artikel 54 der Verfassung fordert von der Regierung, daß sie zurücktritt, wenn ihr der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht. Der Reichstag wird einen solchen Beschluß nicht fassen, ihn vielmehr gegen eine kleine Minderheit ablehnen. Damit ist eine vollkommen klare Lage geschaffen, die verfassungsrechtlichen Bedingungen, die der Regierung das Verbleiben im Amte gestatten, sind damit auf alle Fälle erfüllt!

Rippler kontra Paulchen.

In seiner letzten Reichstagsrede hat Genosse Scheidemann den Abg. Rippler zum Zeugen dafür angerufen, daß deutschvolksparteiliche Blätter im Wahlkampf die Sozialdemokraten als Subalterne, Anführer, Anführer und Reisende in Spülklosetts bezeichnet hätten. (Dies geschah nämlich in einem Leitartikel von Ripplers „Täglicher Rundschau“.) Herr Rippler, dem die Sache offenbar einigermaßen peinlich ist, läßt nun in seinem Blatt eine rampantierte Retourkarte anfahren, indem er u. a. folgendes erwidert:

Wenn am demselben Tage eines der Abg. Treibhorn den Abg. Stomper darüber examiniert hätte, warum er in seinem Blatte die Substitutionsbildung Behrenbock mit der würdigen menschlichen Verächtlichkeit in plattest und witzlosester Weise durch „Paulchen“ habe bezeichnen lassen, so würde der „Botschafter“ wahrscheinlich mit seiner gesamten Partei ein solches Verfahren als sehr eigenmächtig und unangehörig bezeichnet haben, da es bisher nicht üblich war, Abgeordnete, die zufällig auch Zeitungsdirektoren sind, für jede Heile ihres Blattes im Parlamente verantwortlich zu machen.

Herr Rippler spricht dann ist Gegenüber zu Paulchens ungeschicklichen Verleumdungen von den „feingefühlten Sähen“, einer „kleinen Kunstprobe“ seines Mitarbeiters. Herr Rippler hält also auch heute noch eine Sammlung der ordinärsten Beschimpfungen für „feingefühlte“.

Ueber den Geschmach läßt sich streiten! Nicht aber darüber, ob man die Ausfällungen eines politischen Leitartikels in Parallele stellen kann mit einer beiseitigen Stelle eines Blattes, an der, wie jedermann weiß, Unfreiheit herrscht. Anklagen, die auf Grund eines solchen Lakzestandes erhoben werden, wird ein Zeitungsredakteur, der „zufällig“ auch Abgeordneter ist, allerdings lächelnd abwehren können. Dagegen wird ein Abgeordneter sich kaum dagegen wehren können, daß man ihm im Reichstag den Dutt unter die Nase hält, den der politisch ernst sein sollende Teil seines Blattes verbreitet.

Kanzleirätins Einzige.

Von Erich Schaffus.
1. Kapitel.

Doch-Egon, Baron Brand zu Brandenstein, der vornehmste und reichste Kavallerier der kleinen Residenz, stand wartend vor der niedrigen Tür, die in die beschriebene Wohnstube der Kanzleirätin Lunge führte. Jetzt hörte er einen leichten Schritt näherkommen, und über sein edel geschnittenes männlich schönes Gesicht huschte es wie der Widerschein eines tiefen inneren Glanzes. Hochschickig wurde die Tür geöffnet und dann mit einem leichten Schrei ganz aufgerissen. Gisela Lange, das liebreizende, einzige Töchterchen der Kanzleirätin fiel dem Geliebten um den Hals.

„Du kommst heute schon zurück, Geliebter?“
„Ja, Einzige-Geliebte, und mit einer freudigen Postkassette. Meine Eltern haben überraschend schnell ihren Widerstand gegen unsere Heirat aufgegeben und schenken sich danach, ihre liebe Schwiegermutter in ihre Arme schließen zu können. Morgen schon kommst Du kommen.“

Die freudige Erregung, die ihn durchdrängte, hatte ihn so laut sprechen lassen, daß die Kanzleirätin im Wohnzimmer alles gehört hatte.

„Was ein Glück für Dich, mein Liebes, Liebes Kind.“ sagte sie mit kaum verhaltener Rührung in der Stimme.

„Guten Tag, liebe Mama.“ Der Baron war mit Gisela eingetreten und küßte nun der alten Dame ehrerbietig die Hand.

Ihre Augen ruhten mit mütterlicher Bärtlichkeit einem Augenblick auf dem vor ihr stehenden jungen Paare, das einander lieblich in die Augen blickte. „Morgen schon soll Gisela zu ihren Eltern kommen. Wird sich das so schnell ausführen lassen? Ich mag mein Aheuma wieder so sehr, daß ich nicht die Wohnung verlassen, geschweige denn eine weite Reise unternehmen kann. Und ob ich das Kind allein —“

„Liebste Mama, Sie dürfen mir Gisela unbeforgt anvertrauen. Hebrigens dauert die Reise auch nur sechs Stunden.“

2. Kapitel.

Am nächsten Tage waren die beiden Liebenden unterwegs. Gisela sah der Zusammenkunft mit den vornehmsten Eltern ihres Geschlechts mit bangem Herzen entgegen. Doch wenn sie ihrem Vornamen wieder in die ihr ärtlich entgegenstrahlenden Augen sah, war aller Kummer verfliegen und die Sonne heiteren Glückes lächelte auf ihrem Antlitz.

Der Zug hielt in D., wo man in die Kleinbahn aussteigen mußte. Bärtlich besorgt war der Baron seiner Braut beim Aussteigen behilflich und trat dann auf den diensttuenden Beamten zu. „Wann fährt der nächste Zug nach Brandenstein?“

Der Beamte, vor der imponierenden Erscheinung des Fremden unwillkürlich die Hand an die Nase legend, entgegnete höflich: „Morgen früh 9 Uhr 14.“

„Morgen früh 9 Uhr 14.“

Kapp wirbt weiter.

In der „Halleberger Zeitung“, Bezirk Halle, vom 28. Juni war unter amtlichen Bekanntmachungen folgendes Inserat zu lesen:

Beim II. Ostl. Reichswehr-Läger-Regt. N., der früheren Freiwilligen-Truppe Torquon, werden noch Freiwillige eingeteilt. Meldung in Halle, Hofplatzufer.

Es ist eigenartig, daß zur gleichen Zeit, da das Reichswehrministerium mit allen Mitteln die Verringerung der Reichswehr anstrebt, neue Freiwillige angeworben werden. Es ist ja möglich, daß gerade ein besonderer Truppenteil der Auffüllung bedarf, aber das könnte doch auch durch Austausch mit den einzelnen Stellen ohne öffentliche Werbung geschehen. Besonders interessant aber wird die Angelegenheit, wenn man erfährt, daß der Kommandeur dieses Truppenteils Herr Oberstleutnant Reinicke ist, der während des Kapp-Putsches eine Bekanntmachung erließ, die uns vorliegt, und der wir nachstehende Absätze entnehmen:

Den Offizieren und Unteroffizieren der Reichswehr verleihe ich die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Ich verbiete, durch Wort und Schrift, obz. auf sonstige Art zur Niederlegung der Arbeit oder zur Verweigerung der Wiederaufnahme der Arbeit auszufordern; desgleichen die Verbreitung von Aufrufen oder Flugblättern jeder Art.

Ich ermahne die Einwohnerlichkeit in Anbetracht des Ernstes der Lage zur Ruhe und Besonnenheit.

Jeder hat sofort an seine Arbeitsstelle zurückzukehren, Einzelbestimmungen ergeben nach.

Zwischenhandlungen werden mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis 15 000 M. bestraft, falls nicht nach den bestehenden Gesetzen schwerere Strafen verurteilt sind.

Sandfriedensbruch wird mit dem Tode bestraft.

Der Militärbesitzhaber Torquon, gez. Reinicke, Oberstleutnant.

Derselbe Herr also, der durch diesen Streikverbot sich ganz offen in den Dienst der Kapp- und Lüttwisch-Verbrecher stellte, wagt es heute, neue Truppen anzuwerben. Vielleicht erteilt das Reichswehrministerium Aufkündigung, welchem Zweck diese Werbungen jetzt dienen sollen.

Schliches Abschied.

Der bisherige Reichsarbeitsminister Genosse Alexander Schliche verabschiedete sich am 29. Juni von den Beamten, Angestellten und Arbeitern seines Ministeriums und stellte ihnen zugleich den neuen Minister, Dr. Brauns, vor. Der Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Weib dankte Minister Schliche für das Vertrauen und die Förderung, die er allen Angehörigen des Ministeriums entgegengebracht habe. Er wies auf das große Maß an Arbeit hin, das unter Schliches Leitung im Laufe des letzten Jahres geleistet worden ist, und betonte, daß die Angehörigen des Ministeriums bereit seien, mit der gleichen Hingabe an die Sache auch unter dem neuen Minister ihre Arbeit fortzusetzen. Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahm diese Erklärung mit Worten des Dankes entgegen. Er erklärte, daß er entschlossen sei, die Arbeiten des Ministeriums in dem Maße fortzuführen, der sie bisher bestimmt habe.

Husarenstreiche.

Aus Belgard (Pommern) wird uns von dortigem unterlässiger Seite folgendes mitgeteilt:

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden die beiden Wächter, die die Kaufmann der Heberlandzentrale in der Brückenstraße bewachen, von 3 Husaren der hiesigen Garation überfallen. Der eine Wächter, ein Weis von 66 Jahren, wurde demütig behandelt, daß er blutüberströmt am Boden liegen blieb. Der zweite Wächter verriet sich im Neuhau, um nicht erschossen zu werden. Die Husaren führten einen Romaner bei sich.

Sie sind von der gleichen Stelle mitteilt, haben sich in der letzten Zeit des öfteren ähnliche Fälle in Belgard zugetragen. Das Auftreten der Husaren gegen die dortigen Arbeiter sei ein höchst provozierendes. Obwohl sich dortige Bewohner wiederholt an das Reichswehrministerium beschwerend gewandt haben, ist bis heute nichts geschehen, um den fortgesetzten Übergriffen ein Ende zu bereiten. Wir hoffen, daß das jetzt endlich nachgeholt wird. Das ganze Volk hat ein dringendes Interesse daran, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Reichswehr und Arbeiterschaft hergestellt wird, nicht aber daß beide Teile sich dauernd in Kampfstellung gegenübersehen.

Wer hat geplündert?

Man schreibt uns:
Am Sonnabend der vergangenen Woche ist es auch in den Schaufenstern der Städte Wilhelmshaven und Rühringen zu Zwangsvorfällen und Plünderungen gekommen. Der Verlust der geschädigten Geschäftsteile soll sich nach deren Angaben auf 2 Millionen Mark belaufen, da die Geschäfte total ausgeplündert worden seien. Inzwischen ist aber festgestellt worden, daß einzelne Geschäfte ihre Waren rechtzeitig in die Keller gebracht hatten. Interessant ist auch, daß in einer Versammlung des dortigen Vereins für Handel und Gewerbe mitgeteilt wurde, daß organisierte Arbeiter nicht unter den Plünderern gewesen seien. Neben dem unorganisierten Pöbel seien „bessere Bürger“, Schmarotzer, Bureaubeamte und Geschäftsleute an den Plünderungen beteiligt gewesen. Einem der Wilhelmshavener Intendanten beschäftigten Bureaubeamten habe die Polizei nicht weniger als sechs Paar Kinderstiefel abgenommen. Der Syndikus des Verbandes der Wilhelmshavener Handelsgeschäfte, Rechtsanwalt Dr. Bender, betonte, daß man der organisierten Arbeiterschaft zu großem Dank verpflichtet sei. Hätte nicht das Gewerkschaftsstatut eingegriffen und Posten und Rationellen gestellt, so hätten sich die Dinge noch viel schlimmer entwickelt.

Frohe Stunden am Chiemsee.

Kürzlich wiesen wir auf das bayerische Monarchistenblatt „Der Königsbote“ hin. Ein neuer Beleg über die Unersetzbarkeit der Feinde der Republik kann heute beigebracht werden. In dem Blättchen „Der Aufrechte“ steht, einem Zitat des „Königsboten“ zufolge, folgendes zu lesen:

„In Bayern geht's nach oben. König Ludwig bewegt sich in ungezügelter Weise (1) unter seinem (1) Volk. Dieser Tage war in Wildenwart am Chiemsee, wo sich die bayerische Königsfamilie lebt, Schützenfest der Einwohnerversammlung (abs!) und es ging dabei in der allbekannten gemütslich-frohen Weise zu. Man hatte zu diesem Volksfeste auch die königlichen Herrschaften eingeladen, die auch gern kamen. Am Freitag (wiegen nahm König Ludwig teil und holte sich sogar einen Schützenpreis. Frohe Stunden am Chiemsee! Nicht lange mehr, und — die bayerische Königsfamilie ist kräftig an der Arbeit, und an dieser Entschlossenheit könnten wir uns ein Beispiel nehmen!“

Es mag jedem Deutschen unangenehm bleiben, seine politische Heberzeugung zu verlernen. In offenkundiger Weise aber auf den Zusammenbruch des republikanischen Staatwesens hinzuwirken, nachdem die letzten Reichstagswahlen das eine doch jedenfalls deutlich bewiesen haben, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes an der Republik festhält und von monarchistischen Fazerellen nichts mehr wissen will, das geht doch über die Quintessenz.

Der Oberbürgermeister von Halle Dr. Riese hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es war auf Antrag der Unabhängigen gegen Dr. Riese ein Disziplinerverfahren anlässlich seines Verhaltens während des Kapp-Putsches eingeleitet worden, das aber nichts Belastendes ergab. Daraufhin war eine Verfügung des Oberpräsidenten an Wiederbesetzung des Oberbürgermeisters in sein Amt ergangen. Dr. Riese steht es jedoch vor, nicht wieder zurückzukehren.

„Das wird behauptet? So boshaft kann man wirklich sein?“
„Ja leider. Doch wir wollen fortfahren. Ich muß das Ganze natürlich noch weiter ausarbeiten, vielleicht lassen sich aus den drei Kapiteln auch sechs machen, denn noch ein schöner Schluss und fertig ist wieder ein Roman, der die deutschen Frauen entzücken wird.“

Neue Tiere in den Alpen. Ueber einige kürzlich erfolgte Waidausfahrungen, die neue Tiere mit Erfolg in den Schweizer Alpen einbürgern, berichtet R. Schips in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“. So ist von dem St. Galler Bildhauer St. Peter und Paul der europäische Ruffian, der früher in Europa sehr häufig war, auf dem Töberg ausgeführt worden, und die Tiere haben sich bereits vermehrt. Der Ruffian, der seit dem 18. Jahrhundert in Zurückgehen begriffen war, findet sich jetzt nur noch in den Bergen von Korsika und Sardinien in etwa 2000 Meter Höhe. Ebenfalls wurden die Sibabische, deren Heimat die Mandchurie in Nordchina und Japan liegt, am Fuße des Säntis, auf der Rotersalp und Saavogals eingeschleppt. Damirsche, die am Hirschberg bei Appenzell freigelassen wurden, sind bereits im Rheintal beobachtet worden. Das ziemlich abgelegene Kalfeisental der oberen Teil des Taminaltes, das sich von 660—1760 Meter 12 Kilometer weit erstreckt, soll mit Edelweissen belegt werden.

Eine verbesserte Kurzschrift. Soll die gefürzte Kurzschrift die Degenographie ersetzen? Der frühere Präsident der Degenographischen Vereinigung Frankreichs, Raoul Duval, beantwortete diese Frage mit einem überzeugenden Ja. Wie er ausführt, ist es ihm nach einer Arbeit von 17 Jahren gelungen, ein abgeschlossenes System einer gefürzten Kurzschrift aufzustellen, das nicht nur den Vorteil erhöhter Schnelligkeit der Niederschrift für sich hat, sondern auch leichter zu lesen und außerordentlich schnell zu erlernen ist, da etwa 8 Stunden Unterricht genügen, um einen perfekten Kurzschreiber heranzubilden, während bei einem Degenographen für den gleichen Zweck mehrere Monate nötig sind. „Das neue System“ so erklärt sein Erfinder, ist von verlässlicher Einfachheit. Es verwendet die Buchstaben des Alphabets und bestimmte Kürzungszeichen. In einer öffentlichen Schule gemacht Versuche haben den Beweis erbracht, daß einige Schülerinnen schon nach einem Unterricht von 8 Stunden fähig waren, mit einer Schnelligkeit von 90 bis 100 Worten in der Minute zu schreiben.“

Die Volkssänger des Blüthner-Crakerers im Monat Juli finden statt: 2. 26. (Germania-Brachüle); 3. 19. (Cassaree-Königsbad); 4. 16. 20. (Brücker-Sappholz); 10. 24. 31. (Blüthner-Saal). Karten in den bekannten Verkaufsstellen.

Ein Vorleseklub für Einweihung. Ein Stifter in Bielefeld hat zur Gründung eines Anstalts zur Erziehung der Einweihung eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt.

Verla Christi, die Münchner Schriftstellerin. N. vor einigen Jahren durch ihre Erinnerungen einer Ueberflügung“ zu einem literarischen Roman machte, hat in München Selbstmord begangen. Sie war wegen Bilderstichung angeklagt.

Das Haus ist gut besetzt. Am Regierungstisch: Reichswirtschaftsminister Scholz, Vorsitzender Edler von Braun, eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Eine Beschwerde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Dr. Gerlich folgende Beschwerde vor: Wir müssen leider wahrnehmen, daß wir hier in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses wenig gem. geübene Gäste sind. (Hört, hört!) Dieser Zustand hat sich noch dadurch verschärft, daß der Präsident der Preussischen Landesversammlung, Herr Leinert, den Auftrag gegeben hat, das Gebäude toll zu räumen und Boden und Läufer zu erneuern. (Beifall.)

Vorsitzender Edler von Braun: Ich stelle fest, daß Sie mit diesem Antrage einverstanden sind. Reichswirtschaftsminister Scholz: Sie dürfen beruhigt sein, daß die Reichsregierung befreit ist, Ihnen das Unterkommen in diesem Hause so bequem wie möglich zu machen. Wir bebauern es sehr, daß durch verschiedene Restorationsarbeiten es bisher noch nicht gelungen ist, dies so zu erreichen, wie wir es möchten. Es wird mein ernstes Bestreben sein, Ihnen alle Annehmlichkeiten zu verschaffen, die ein Parlament von der Bedeutung des Reichswirtschaftsrates beanspruchen kann. (Beifall.)

Die Stillelegung von Betrieben.

Abg. Biffel begründet darauf seinen Antrag, Angehts der notwendigen Rohstoff- und Lebensmittelfuhrung ist unbedingt die Vermeidung der inländischen Witterzeugung notwendig. Das ist seit Monaten immer wieder gesagt worden. Angesichts dieser Tatsache werden nun Betriebe geschlossen, weil sie aus irgendwelchen Gründen nicht lohnend sein können. Man sollte planen, wie man in einer verfehlten Welt, wie wir haben die Pflicht, solchen Erscheinungen entgegenzutreten. Dem einzelnen muß die Möglichkeit zur Pflichtmäßigen

Anteilnahme an der Produktion

gegeben werden. Ich will in diesem Augenblicke nicht darüber sprechen, ob nicht die Reichsregierung verpflichtet ist, bei drohender Schließung von Betrieben einzutreten. Wir haben jedenfalls die Aufgabe, darüber nachzudenken, nicht wie wir die Arbeitslosen unterstützen können, sondern wie wir ihnen die Freude an der Arbeit lassen. Wie mit diesem Problem zusammenhängenden Fragen müssen gründlich und systematisch geklärt werden. Der wirtschaftspolitische Ausschuss reicht dafür nicht aus, er muß mit dem sozialpolitischen die Dinge gemeinsam beraten. Es muß ein Weg gefunden werden, der uns aus der Notlage herausbringt. (Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Anregung des Herrn Abgeordneten ist dankenswert. Die Ausdehnung der Reichswirtschaftsministerien erwünscht, weil es dort den Sachverständigen die Möglichkeit zur Begutachtung unterbreiten kann, die ihm zur Verbesserung der Arbeitsfrage angezeigt erscheinen.

Scheiderrat Weigert erklärt für das Arbeitsministerium, daß es den Ausschussberatungen mit größtem Interesse folgen werde.

Die Ausschussvorsitzenden teilen mit, daß der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuss heute um 4 Uhr zusammenzutreten. Abg. Jodel führt Beschwerde darüber, daß die Legalarbeiter im wirtschaftspolitischen Ausschuss nicht vertreten sind. Seit dem 1. Mai sind in der Textilindustrie Hunderttausende von Maschinen stillgelegt worden. Staatsaufträge reichen zur Behebung der Notlage nicht aus. Die Betriebe müssen in Gemeinnützigkeit übernommen werden. (Unruhe.)

Tanach wird der Antrag Biffel dem wirtschaftspolitischen und dem sozialpolitischen Ausschuss zu gemeinsamer Beratung überwiesen.

Ohne Aussprache wird beschlossen, den wirtschaftspolitischen Ausschuss mit der Bildung des Ausschusses für den Wirtschaftsausschuss zu beauftragen.

Es folgt die Beratung über den Vertriebsratsauschuss. Abg. Ambrüst beantragt seine Bildung durch den sozialpolitischen Ausschuss.

Abg. Gausen beantragt die Erziehung eines Spruchorgans aus den Mitgl. aller Gruppen. Abg. Bernhart: Weil der Ausschuss die Entscheidung über die gesamte Materie hat, müssen wir ihm die höchste Bedeutung beilegen. Soll der Ausschuss durch den sozialpolitischen Ausschuss ernannt werden?

Abg. Ambrüst: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Vorschlags Gausen zurück.

Abg. Kuffner: Meine Freunde sind darüber auf das höchste erfreut, das Spruchorgan für uns wünschenswert; außerdem widerspricht seine beschlossene Dreizahl dem Vertriebsratsgesetz, das ausdrücklich als Vert. nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorsieht.

Tanach entwickelt sich eine längere Geschäftsordnungsaussprache. Schließlich wird die Angelegenheit verzoigt. Der Vorsitzende teilt mit, daß sich der wirtschaftspolitische Ausschuss konstituiert hat. Vorsitzender ist Abgeordneter Proszner, Vertreter der Industrie, stellvertretende Vorsitzende sind Staatsminister a. D. Biffel, Arbeitsminister a. D. Proszner, und Staatssekretär a. D. Dr. August Müller (Gruppe der von der Reichsregierung ernannten Vertreter). — Die Anberaumung und die Ansetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung wird dem Vorsitzenden überlassen.

Sitzung 12 Uhr 10 Minuten.

Auslandsende in Bitterfeld.

Die größten Verhandlungen zwischen der Direktion des Bitterfelder Fernkraftwerkes und Vertretern der streikenden Arbeiter haben in später Abendstunde zu einer Einigung geführt. Den Bitterfelder Arbeitern sind ihre Forderungen zum großen Teil bewilligt worden. Daraufhin hat die Kraftschicht im Kraftwerk Gaspa ihre Arbeit wieder aufgenommen und Berlin konnte infolgedessen am heutigen Vormittag wieder zum größten Teil mit Strom versorgt werden. Durch die Einigung mit den Bitterfelder Arbeitern ist auch die Gefahr, daß die Arbeiter in den hiesigen Berliner Werken in einen Sympathiekreis einbezogen könnten, beseitigt worden.

Groß-Berlin

Die gefärbte Natur.

Wer heute ahnungslos, um dem Getriebe Berlins zu entgehen, einen leeren öffentlichen Garten aufsucht, und glaubt seine schwer gedrückte Gedankensphäre einmal anhalten zu können, steht plötzlich vor einem Märchen. Ist die Berliner Natur von einem Farbenmeer befallen worden? Oder haben sich fliegende Malerateliers gebildet, um an den wehrlosen Pflanzen und Bäumen Kraftproben einer neuesten Kunst vorzunehmen? Bäume,

Die Ermordung des Inspektors Blau.

Nach einläufiger Pause wurde heute die Verhandlung wieder aufgenommen.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg bringt folgendes zur Sprache: Die Angeklagten Fichtmann und Doppe haben ihm mitgeteilt, daß am Dienstag, als sie vom Termin zurückgeführt worden waren, sie plötzlich aus ihrer Zelle verlegt worden seien und die Nachbarn rechts und links sich bemüht hätten, sie zum Geständnis zu bewegen. Der Verteidiger bittet den Vorsitzenden, Anordnungen zu treffen, daß diese Verlesung durch Spittel auszuheben, endlich aufzuklären. — Vorsitzender Landgerichtsrat Joel: Ich weiß davon nichts und kann nicht erkennen, ob diese Angaben richtig sind. Ich halte diese Behauptung für ganz ausgeschlossen und möchte sie zunächst mit Entschiedenheit bestreiten. Angeklagter Fichtmann: Als ich am Dienstagabend in meine Zelle zurückgeführt wurde, wurde mir von dem Wärter gesagt, daß ich meine Sachen zusammenpacken solle, da ich

in eine andere Zelle

verlegt werden solle. Auf meine Frage: weshalb? erhielt ich die Antwort, daß der Wärter darüber nicht sagen könne, es sei angeordnet worden. In der Freistunde sind dann meine Nachbarn an mich herangetreten und haben mich befragt, warum ich dorthin gekommen sei. Es war mir sofort verständlich und auffällig, daß sie sofort wußten, daß ich in der Sache Blau in Haft sei. Ich bin aus dem Flügel I Zelle 686 ohne erkennbaren Grund nach dem Flügel A Zelle 107 verlegt worden.

Angeklagter Doppe befindet dasselbe. Er habe acht Monate in derselben Zelle gelegen und sei plötzlich nach dem Flügel B Zelle 229 verlegt worden. Man sagte ihm, das sei nur vorübergehend. Dem Angeklagten ist dies auch verständlich vorgekommen, doch wolle er nicht behaupten, daß die Verlegung hatgefunden habe, um ihn durch Spittel auszuheben zu lassen. — Kriminalkommissar Kallach erklärt auf Befragen, daß ihm von der ganzen Sache absolut nichts bekannt sei. — Der Gefängnisarzt, Sanitätsrat Dr. Lehman, wird befragt, sofort die nötigen Feststellungen zu treffen.

Das Gericht beschließt sodann, den schon vernommenen Zeugen Zeuschner nicht zu verurteilen.

Der Zeuge Eisenbrecher Geisler, der auch in der Sache Blau drei Monate lang in Untersuchungshaft gesessen, will trotz wiederholter Vorhalte des Vorsitzenden nicht mehr wissen, ob er am 2. August in der fraglichen Versammlung gewesen ist, ebenso wenig, daß er mit bei Fichtl in der Wohnung war. Er hat im Vorverfahren beides bestätigt, erklärt nun aber, daß er infolge der Feststellung der Erinnerung an die Vorgänge verloren habe. Auf die weitere Vernehmung des Zeugen, der unzureichend bleibt, wird verzichtet, nachdem der Angeklagte Doppe auf Befragen bejaht hatte, daß der Zeuge auch in der Wohnung gewesen sei.

Sträucher und Mattpflanzen haben sich einer Metamorphose unterzogen, die den Spaziergänger verwirrt. Statt des bisherigen so monotonen Grün weisen sie jetzt eine Schminke in allen Farben auf. Oleanderbäume und sonstige Mattpflanzen zeigen auf der Unterseite eine rote, gelbe oder blaue Farbe, während Niederbüsche mit Vorliebe weiß gepunktelt sind.

Da erscheint der Güter des Parks und erklärt dieses neueste Wunder, daß ein Säugmittel sein soll. Woher?

So unglaublich es scheint, bergreifen sich die Diebe von heute nicht nur an Privateigentum, sondern sie statten auch den öffentlichen Parks nicht selten Besuche ab, die dann das Fehlen ganzer Gehäcke zur Folge haben.

Mit bunten Blättern weiß eben selbst alle Diebstahlskunst beim Parkbesuch nichts anzufangen, und so greift eine ideenreiche Parkverwaltung zu diesem Mittel.

Sie ist nicht schön, diese gefärbte Natur. Und ob sie auf räuberische Gemüter abstrichend wirkt, muß die Erfahrung lehren.

Telephongebühren-Rundelmußel.

Bei dem heute in Kraft getretenen Fernsprechgähren-Tarif ist die Höhe der Pausch- oder Grundgebühren so bemessen, daß sie in Regem mit verhältnismäßig wenigen Teilnehmeranschlüssen sich niedriger stellt als in Regem mit zahlreichen Anschlüssen, denn im letzteren Falle ist eben die Sprechnöglichkeit eine dementsprechend größere. Die Befreiung der neuen Pausch- und Grundgebühren für einen Fernsprechananschluß in Berlin und seine verschiedenen Nachbarorten hat nun, wie die Oberpostdirektion mitteilt, im Publikum zu der Auffassung geführt, als ob ein Fernsprechteilnehmer, der z. B. in Schöneberg wohnt, der aber an ein Berliner Amt, Lützow oder Kurfürst, angeschlossen ist, mehr Gebühren zahlen müsse als ein vielleicht in demselben Hause wohnender anderer Teilnehmer, der von seinem Schöneberger Amt Stephan bedient wird, weil nämlich die Berliner Ortsanschlüsse fortan 800 M. und die Grundgebühren 480 M. betragen, die entsprechenden Sätze für Berlin-Schöneberg aber nur 640 M. und 300 M. ausmachen. So liegen die Dinge natürlich nicht. Solange es noch keine Einheitsgemeinde „Groß-Berlin“ gibt, muß man nach wie vor unterscheiden zwischen dem Hauptnetz der Stadt Berlin und den einzelnen Netzen der Nachbarorte, die, da sie sich in getrennt politischen Gemeinden befinden, auch selbständige Rechte besitzen. Der Satz von 840 M. Pauschgebühr für Berlin-Schöneberg berechtigt daher den Schöneberger Teilnehmer nur zu Gesprächen im eigenen Netz. Will er darüber hinaus mit ganz Berlin sprechen, so hat er naturgemäß auch die Ortsanschlüsse von 800 M. zu zahlen. Teilnehmern in den Nachbarorten mit Pauschgebührenanschlüssen die Berliner Pauschgebühren gezahlt.

Die Erhebung einer Einheitsgebühr für „Groß-Berlin“ kommt erst in Frage, nachdem „Groß-Berlin“ politisch eine Einheitsgemeinde geworden ist.

Es hätte sich sicher empfohlen, die Einheitsgebühr schon jetzt zu erheben und den Berliner mit diesem umständlichen und unterschiedlichen Gebührenfudeln zu verschonen.

Handzüge eines Ehepaares.

Die verkehrliche Existenz eines Ehepaares, das aus den Opfern des nachdrücklichen Berlins ein glanzvolles Leben führte, wurde von der Berliner Kriminalpolizei aufgehebt.

Von Leuten, die vor und nach der Polizeistunde Spielkafé, Bord, Kaffeehäuser aufsuchen, erhielt die Kriminalpolizei seit geraumer Zeit viele Anzeigen, daß sie von „Damen“ gründlich belästigt worden seien. Nach übereinstimmender Beschreibung gelang es der Kriminalpolizei, diese gefürchteten Diebinen in einer 22 Jahre alten Polin Franziska Lanzowitz zu ermitteln.

Achtung! Genossinnen! Achtung!

Frauenkonferenz Groß-Berlin

morgen nachm. 5 Uhr Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12

Tagesordnung:

Rückblick und Ausblick. Ref.: Gen. Lodenhagen.

Es werden dann einige Alibi-Bezeugen

für den Angeklagten Fichtmann vernommen. Die Befunden sollen, daß Fichtmann in der kritischen Zeit am 2. August in der Obfischen Schonk-Wirtschaft gewesen sei.

Die Arbeiterin Martha Ruchel, 18 Jahre alt, erklärt, daß sie mit Fichtmann „gegangen“ sei und die Absicht habe, ihn zu heiraten, wenn sie mündig geworden sei. Sie weiß nur, daß sie häufig mit Fichtmann in dem Lokal von Obit in der Hochstraße bis spät abends gewesen sei, kann aber nicht bestimmen angeben, ob dies auch am Abend des 2. August gewesen ist.

Auch der Arbeiter Borm, der wegen Diebstahls in Haft ist, weiß ganz bestimmte Angaben über das Alibi Fichtmanns nicht zu machen. Er habe nie gehört, daß Fichtmann an dem Morde des Blau beteiligt gewesen sei. Der Staatsanwalt betont, daß dieser Zeuge in der Voruntersuchung ganz bestimmt erfragt habe, er sei am 2. August und nicht am 1. August mit Fichtmann bei Obit zusammen gewesen, während er heute erkläre, er wisse den Tag nicht mehr genau. Der Zeuge behauptet, daß er das Protokoll bei dem Untersuchungsrichter so unterschrieben, wie es der Gerichtsschreiber nach seinem Belieben niedergeschrieben habe.

Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Marquardt erklärt dies für ganz ausgeschlossen.

Der Memphener Hans Löbert, der sowohl in dem Schonk-Lokal des Fichtmann als auch in dem Obfischen Lokal verhaftet hat, behauptet auf Grund mehrerer von ihm namhaft gemachten Tatsachen: er wisse bestimmt, daß Fichtmann am 2. August bis noch 11 1/2 Uhr bei Obit gewesen sei. — Rechtsanwalt Dr. Weinberg: Aus den verschiedenen Fragen, die der Staatsanwalt an diesen Zeugen richtet, geht hervor, daß diese zweifellos auf Angaben des Spittels Toill beruhen. Toill ist an dem Raubüberfall beteiligt, dessentwegen Fichtmann zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Es werde deshalb beantragt: sofort den Freileiter Julius Reuer, Grünberger Straße 3, als Zeugen herbeizuschaffen. Er werde bekunden, daß ihm Toill unmittelbar nach jenem Raubüberfall gesagt habe: er habe noch eine große Sache vor, er bede einen Spittel zu erledigen.

Zeuge Dahms, gegen den auch die Untersuchung geschwebt hat, erklärt auf Befragen, daß er von der Mordtat nichts weiß und selbst nicht daran beteiligt gewesen sei. Er sei vollständig

unschuldig verdächtig

worden und nur deshalb am 26. August nach Dänemark geschickt, weil in seiner Abwesenheit Polizisten in seiner Wohnung gewesen seien, um ihn als tätigen Kommunisten zu verhaften. (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

und festzunehmen. Sie ist seit zwei Jahren mit einem Schlichter Johann Jankowski verheiratet und wohnt jetzt mit ihm an Kurfürstendamm im Edenhotel. Die Ermittlungen ergaben, daß der Ehemann seiner Frau bei ihrer nächtlichen Dieberei tätig zur Seite stand. Jankowski spielte den polnischen Gutbesitzer und erzählte, daß er nach Berlin gekommen sei, um sein Gut zu verkaufen, inzwischen aber den Pferdehandel betriebe. Wenn seine Frau, die ebenso elegant gekleidet ging wie er, in irgend einem Lokal eine „geeignete Bekanntschaft“ gemacht und mit ihr gründlich geschachelt habe, so hielt er, als wiederholt beim Eintritt der Radfahrer in der Nähe auf und schaute sich im letzten Augenblicke auf den Boden, um mitzuführen und den Kopf mit aufgeschleppt. Jankowski wurde auch der Kaiser oder Zuta Führer ins Vertrauen gezogen, besonders dann, wenn er ohne hin schon merkte, welchen Zweck die Fahrt haben sollte. Dann mußten diese Leute mit einem anschließenden Schweigegeheiß, bis zu 1000 M. abgefunden werden. Vor der Haft noch nicht betrunken genug, so half Frau Jankowski mit einem Betäubungsmittel nach.

Das Ehepaar, das wahrscheinlich schon seit zwei Jahren derartige Streiche verübt, erbeutete große Summen und hohe Werte. Die Schwand- und Wertfäden verkaufte es zum Teil gemeinsam, zum Teil auch getrennt. So konnte das Pärchen auf großem Fuße leben und im Hotel wohnen. Bei einem Juwelenshändler Brandenburg wurden aber nicht nur Beweismittel von solchen Nachfahrten, sondern auch noch allerlei andere Sachen von Diebstählen erbeutet und beschlagnahmt. Edelsteinmaschinen, Anzüge, Heberzeiger, Tischdecken, silberne Teller und dergleichen mehr.

Danzig, das Ausland.

Von Schwedt und: Es ist eine selbstverständliche Forderung, daß wir alles tun, um in den vom deutschen Volkstum politisch losgerissenen Gebieten deutsches Wesen und deutsche Sprache lebendig zu erhalten. Danzig gehört für uns politisch und rechtlich zum Auslande, ist aber ein lebendiges Stück deutschen Volkstums und ist für uns zu Schiff ohne fremde Kontrolle erreichbar. Obwohl nun die Danziger Behörden zur Einreise nach dort von deutschen Reichsangehörigen keinen Paß, sondern nur einen Personalausweis verlangen, verweigert die Pörschelle des Landesamtes Riebergornim die Ausstellung eines solchen und fordert, daß der Reisende sich einen Paß ausstellen läßt, auch wenn er zur See direkt nach Danzig fährt, weil „für uns Danzig Ausland“ ist. Abgesehen von den Rechtsfragen bedeutet das eine Erschwerung des Verkehrs für den einzelnen. Es soll aber nicht an allen Pörschellen dieselbe Praxis Geltung haben.

Es wäre interessant zu erfahren, welche Veranlassung zu diesen drastischen Paßbestimmungen für Danzig gegeben war, die im Falle es sich wirklich nur um burokratische Manieren handeln sollte, strengste Zurückweisung verdienen.

Die Sammelkarten der Großen-Berliner Straßenbahn sollten mit einer solchen Gültigkeitsdauer ausgestattet werden, daß der Käufer zur Benutzung etwa zwei Monate Frist hat. Das wurde bei Einführung der Sammelkarten versprochen, und wir glauben uns zu erinnern, daß in der ersten Zeit auch so beschaffen wurde. Inzwischen scheint man aber anderen Sinnes geworden zu sein. Nach in den allerletzten Tagen des Juni wurden Sammelkarten ausgegeben, die nur bis Ende Juli galten. Dem Käufer bleiben dann zur Benutzung nicht zwei Monate, sondern nur ein Monat. Dadurch werden diejenigen geschädigt, die seltener auf den Linien der Großen-Berliner Straßenbahn fahren. Sie müssen es sich verkopen, die doch billigeren Sammelkarten zu nehmen. Ist diese keine Blumenmascherei von der Direktion beabsichtigt?

Verteuerung der frischen Luft. Das Schickplage-Lände in der Hasenheide kann von Privatpersonen betreten werden, wenn sie einen Erlaubnischein haben, der pro Person und Woche 50 Pf. kostet. Der „Borowitz“ hat vor einiger Zeit auf die Unerschwinglichkeit dieser Erlaubnisgebühr für Berlin-Süd und für Neubölln hingewiesen, die Rückwendigkeit baldigster Freigabe der für Schickplagen nicht mehr gebrauchten Teile des Geländes dergeleitet und völligen Verzicht auf die geringe Eintrittsgebühr als selbstverständlich bezeichnet. Jetzt wird gemeldet, daß die Gebühr sogar erhöht werden soll, und zwar von 50 Pf. monatlich auf 3,50 M. Wer der zu zahlende Betrag bisher auch für Wanderer ermäßigend, so wird in Zukunft der Besuch des Schickplagegeländes zu einem Veracht der Jahlungsbereitungen werden. Diese auf Verteuerung der frischen Luft hinauslaufende Maßregel muß schleunigst wieder aufgehoben werden. Fort überhaupt mit jeder Eintrittsgebühr!

